

## Pflichtbewusstsein auf Urlaub

VON JULIA RATHCKE

Vielleicht sind die Sommerferien schuld. Vielleicht wäre alles ganz anders gekommen, vielleicht wären Anne Spiegel und Ursula Heinen-Esser noch in ihren Ämtern – hätte die Flut Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz nur ein paar Wochen später ereilt. Aber Jahrhundertkatastrophen verlaufen selten geplant. Und wie sie in ihrer Unkontrollierbarkeit Terminpläne, Konstanten und Strukturen überrollen, so stellen sie auch die Menschen dahinter auf den Prüfstand. Die stehen dann vor einer zentralen Aufgabe: Krisenmanagement.

Was ist zu tun und in welcher Reihenfolge? Entscheidungen in Notsituationen können nicht immer ganz rational getroffen werden. Kühle Berechnung oder Emotionslosigkeit ist es auch nicht, was handelnden Personen im Umgang mit der Flutkatastrophe vorgehalten wird. Dass sowohl NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser als auch ihre damalige Amtskollegin in Rheinland-Pfalz, Anne Spiegel, nicht nur dienstlich, sondern auch persönlich Anteil nahmen, darf man ihnen glauben. Angezweifelt wird vielmehr ihr innerer Kompass, der beide erstens dazu verleitet hat, mit der Familie zu verreisen, und zweitens, damit nicht transparent umzugehen. Dahinter steht auch das gesellschaftliche Phänomen, Rechte und Pflichten als variabel zu betrachten. Es gibt aber kein Recht auf Urlaub, dafür jedoch die Pflicht, seine Arbeit zu tun – umso mehr, wenn man einen Eid darauf geschworen hat.

Das Pflichtbewusstsein zu vernachlässigen, gründet mitunter auf einem falsch verstandenen Freiheitsbegriff: von der Freiheit, Dinge sein zu lassen, die man sonst glaubt tun zu müssen. Das mag im Privaten gelten. Manchmal aber muss das Private zurückgestellt werden. In wichtigen politischen Ämtern der Demokratie kommt noch etwas hinzu: die Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, um auch vor dem eigenen Gewissen zu bestehen.

## Putins langer Arm in Afrika

VON HOLGER MÖHLE

Gehen oder bleiben? Diese Frage werden sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in diesem Sommer besonders intensiv stellen müssen, wenn sie darüber entscheiden, ob sie den Mali-Einsatz der Parlamentsarmee Bundeswehr ein weiteres Mal verlängern. Der Einsatz in Mali ist der derzeit gefährlichste, den deutsche Streitkräfte weltweit zu bestehen haben. Zuletzt schien beinahe klar zu sein, dass der Ausbildungseinsatz der Bundeswehr in Mali kaum eine Zukunft haben dürfte. Schließlich hatte die Militärregierung in Bamako russische Söldner der berüchtigten Gruppe Wagner angeheuert, die für Sicherheit im Land sorgen soll. Dazu drängt sich die Frage auf: Welchen Sinn hat dann der Einsatz der Bundeswehr? Bildet sie malische Soldaten aus, die womöglich anschließend an der Seite russischer Söldner in den Krieg ziehen?

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges bekommt auch der Einsatz in Mali ein besonderes Gewicht. Außenministerin Annalena Baerbock hat auch aus diesem Grund gerade den deutschen Soldaten in Mali bei ihrem Einsatz im Rahmen von Europäischer Union und Vereinten Nationen einen Besuch abgestattet. Die Wagner-Söldner treten überall da auf, wo Russland keine eigenen Hoheitsabzeichen zeigen, aber sich mit militärischer Macht Einfluss sichern will: in Libyen, in Mali, in Syrien. In Regionen also, wo instabile Staaten Stabilität suchen.

Was also tun? Wenn die europäischen Partner und somit auch die Bundeswehr abzögen, wird Russland dankbar auch diese Lücke füllen, die Europa auch hier hinterlässt. Kreml-Herrscher Putin geht es mitnichten darum, einem Land wie Mali zu helfen. Überall da, wo er dem Westen schaden kann, wird er es tun. Womöglich muss die Bundeswehr wegen dieses strategischen Fußabdruckes doch länger auch in Mali bleiben, als vielen in Deutschland lieb ist.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

**ANALYSE** Berichte über den Einsatz von Chemiewaffen in der Ukraine schrecken die Welt auf. Es wäre eine weitere Eskalation in diesem Krieg, ein historischer Bruch in Europa. Und der Westen stünde erneut vor einer roten Linie.

## Der unsichtbare Tod

VON GREGOR MAYNTZ

Es war Tag 29 des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, als die Nato, die bei den Voraussagen russischen Verhaltens zuletzt bemerkenswert richtig gelegen hatte, ihren Bündnismechanismus zur Abwehr atomarer, biologischer und chemischer Waffen aktivierte und Russland nachdrücklich vor einem C-Waffen-Einsatz warnte. Fast drei Wochen später folgen nun die ersten Berichte, wonach es in der umkämpften Stadt Mariupol im Südosten des Landes tatsächlich einen solchen Einsatz gegeben haben soll. Wenn sich dies bewahrheitet, sei dies „ein historischer Bruch seit dem Ersten Weltkrieg hier in Europa“ gewesen, sagte Grünen-Chefin Ricarda Lang – „eine Unmenschlichkeit, eine Bestialität, das ist das Böse in Reinform“, fügte sie hinzu. Bei den Berichten ist besondere Vorsicht angezeigt. Wie bei den Waffen selbst.

Die Chemiewaffen-Analyse der Nato beruht auf dem Wissen um beträchtliche Bestände der Russischen Föderation und ihrer Neigung, Gift sogar zur Bekämpfung politischer Gegner einzusetzen. Die Anschläge auf den Doppelagenten Sergej Skripal und dessen Tochter Julia 2018 in Salisbury und auf den Kreml-Kritiker Alexej Nawalny im August 2020 in Sibirien sind den westlichen Politikern noch in ungueter Erinnerung. Zudem war bereits beim Nato-Sondergipfel am 24. März deutlich zu erkennen, dass der Krieg anders verläuft als von Russland geplant.

Das war schon beim ersten Giftgas-Einsatz in der Geschichte eines der Motive für skrupelloses Handeln. Weil die Deutschen befürchteten, dass ihnen die Grundstoffe für die Produktion konventioneller Munition ausgehen könnten, begannen sie im Ersten Weltkrieg, mit chemischen Grundstoffen zu hantieren. Nahe Ypern setzte General Berthold Deimling am 22. April 1915 erstmals Chlorgas ein, was ihn mit anderen rücksichtslosen Befehlen zum

„Schlächter von Ypern“ werden ließ. 107 Jahre später ist eine Figur auf dem Kriegsschauplatz in der Ostukraine in Stellung gebracht worden, die zuvor als „Schlächter von Syrien“ in Erscheinung getreten war: General Alexander Dornikow. Kriegsgräuelt gegen syrische Zivilisten begleiteten seinen Weg, nun befiehlt er die bevorstehende Entscheidungsschlacht gegen die Ukraine.

Auch in Syrien hatte es wiederholt Chemiewaffen-Einsätze gegeben, möglicherweise mit Dornikows Billigung, offensichtlich jedoch nicht von seiner Hand ausgeführt. Es war das syrische Assad-Regime, das diese verheerende Waffe gegen die eigene Bevölkerung einsetzte: Sarin. Es ist farblos, geruchlos, dringt aber durch Augen, Mund oder über die Haut schnell in den

Körper ein, wo es binnen Sekunden zu Krämpfen und binnen Minuten zum Atemstillstand führen kann. Und: Es beruht auf einer deutschen Entdeckung. In Leverkusen und später Berlin waren deutsche Chemiker auf dieses hochwirksame Nervengift gestoßen, als sie Ende der 1930er-Jahre nach Pflanzenschutzmitteln forschten. Im Zweiten Weltkrieg kam es nicht mehr zum Einsatz. Aber 1988 starben rund

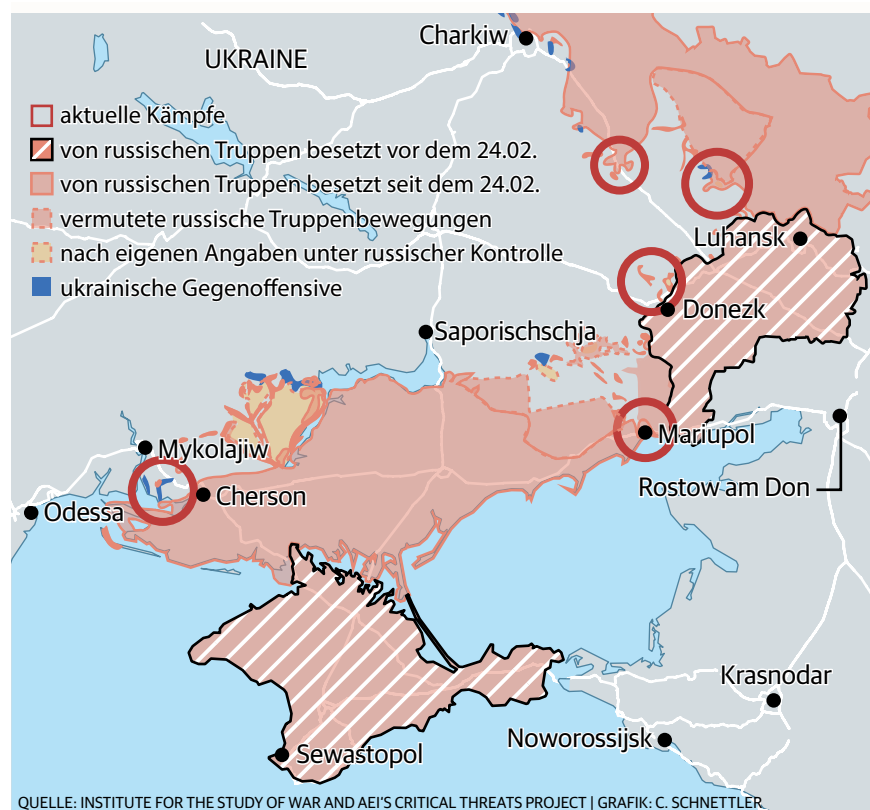
5000 Kurden, als der irakische Diktator Saddam Hussein die Stadt Halabdscha damit bombardieren ließ. Das internationale Chemiewaffen-Übereinkommen trug dem Anfang 1993 Rechnung, als es die Staaten auf ein Verbot chemischer Kampfstoffe und deren Vernichtung verpflichtete. Zudem sollten alle Stoffe, die für die Herstellung

von Chemiewaffen geeignet sind, gemeldet und kontrolliert werden. Eine Sprecherin der EU-Kommission stellte deshalb fest, dass es sich um einen Bruch dieser Konvention handeln würde, wenn sich die Berichte über den Einsatz bestätigen sollten. Dies sei „komplett inakzeptabel“.

Die zeitliche Abfolge war durchaus schlüssig: Am Montag erst hatte ein Sprecher der prorussischen Separatisten öffentlich erklärt, dass sich die verbliebenen ukrainischen Kämpfer in der Stahlfabrik Asowstal verschanzt hätten. Die Einnahme dieser Befestigungsanlagen sei auf herkömmliche Art zu verlustreich, deshalb solle man auf chemisch bewaffnete Truppen setzen. Am Abend berichtete ein Vertreter des Asow-Regiments, es sei eine unbekannte Substanz von einer Drohne aus abgeworfen worden, daraufhin hätten mehrere Personen über Atembeschwerden geklagt und an Bewegungsstörungen gelitten.

Die ukrainische Regierung gab an, den Berichten nachzugehen, und äußerte die Vermutung, dass es sich um Phosphor gehandelt haben könnte. Phosphorgranaten erreichen eine weitflächige Vernichtung durch ihre Brenntemperatur von mehreren Hundert Grad. Sie bewirken zudem grausame Verätzungen. Es ist deshalb umstritten, ob sie zu den Brand- oder auch zu den Chemiewaffen zählen.

Nachdrücklich hatte die Nato bereits am 24. März vor dem Einsatz chemischer Waffen gewarnt und angekündigt, dass ein solches Vorgehen „schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen“ würde. Die britische Regierung erneuerte am Dienstag die Drohung, dass dann „alle Optionen auf dem Tisch“ lägen. Bereits im syrischen Bürgerkrieg hatten sowohl Barack Obama als auch Donald Trump vor dem Überschreiten „roter Linien“ gewarnt und damit den Chemiewaffen-Einsatz gemeint. Nach wiederholten Nachweisen gab es als Reaktion jedoch nur vereinzelt Schläge aus der Luft. Und: Sie richteten sich nicht gegen russische Truppen.



QUELLE: INSTITUTE FOR THE STUDY OF WAR AND AEI'S CRITICAL THREATS PROJECT | GRAFIK: C. SCHNETTLER

### WISSENSDRANG

In Deutschland glauben wir an eine besondere Verantwortung, die der historischen Schuld entspringt. Bis in die Lehrpläne: In der Schule sollen die Kinder nicht nur historische Fakten lernen. Durch die Auseinandersetzung mit der Entwicklung, die zu Auschwitz führte, sollen sie fähig werden, Verantwortung für die Politik und die Bewahrung humaner Verhältnisse zu übernehmen.

In der Theorie. Was genau sollen sie aus der Vergangenheit für die Gegenwart lernen? Und was lernen sie tatsächlich? Dass wir unserer politischen Urteilskraft aufgrund eines deutschen Gens nicht vertrauen können, das uns mit Wilhelm II. verbindet? Dass wir uns besser auf uns selbst zurückziehen sollten? Uns nicht anmaßen dürfen, für demokratische Verhält-

## Deutsche Schuld

Die Bundesrepublik benutzt die Geschichte, um sich der Verantwortung zu entziehen.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

nisse einzutreten und diktatorische Regimes wie das russische einzudämmen? Dass die Kriegsverbrechen Vladimir Putins in Syrien im Vergleich zu den Kriegsverbrechen unter Adolf Hitler doch irgendwie zweitrangig sind? Dass man so einen ganz klitzekleinen Bruch des Völkerrechts wie Putins Überfall auf die Krim 2014 nicht übel nehmen darf – wo Deutsche doch die Sowjetunion überfallen und Millionen Russen getötet haben?

In der Praxis haben wir die vergangene Schuld instrumentalisiert, um uns der Verantwortung für die Gegenwart zu entziehen. Jean-Paul Sartre bezeichnete solche Manöver als Mauvaise Foi: Unaufrichtigkeit. Deutschland hätte nach der Besetzung der Krim 2014 wie andere Länder die Gaslieferungen aus Russland

einstellen können. Stattdessen begann eine Clique von Politikern, gemeinsam mit Russland Nord Stream 2 zu planen. Ein Geschäft für die eigenen Taschen und der Öffentlichkeit verkaufbar als wirtschaftlich lohnende Friedenspolitik. Als zusätzliche Sicherheit für Putin, dass Deutschland seinen Großmachtambitionen nicht im Wege stehen wird, installiert die Regierung Scholz im Verteidigungsministerium eine Schlafmütze. Die Ukraine muss Putin als eine leichte Beute erschienen sein. Dafür ist die deutsche Politik zu einem großen Teil mitverantwortlich.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.